

Plädoyer für ein Ende der Naivität: Die Ukraine-Krise und ihre Lehren für die EU-Ostpolitik

Katrin Böttger / Mathias Jopp¹

Beim 3. Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft am 28./29. November 2013 in Vilnius entschied sich der damalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch gegen die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU. Daraufhin entstand eine Protestbewegung auf dem Maidan, die für die Annäherung der Ukraine an Europa eintrat, aber auch knapp 100 Bürgern das Leben kostete, die Janukowitsch-Regierung entmachtete und zum Einsetzen einer anfänglich wenig umsichtig agierenden pro-westlichen Übergangsregierung führte. In der Folge kam es zu einer durch Russland militärisch unterstützten Abspaltung der Krim und einem Bürgerkrieg in der Ostukraine zwischen separatistischen Bewegungen und Regierungstruppen im Rahmen einer Anti-Terror Operation, dessen Ausgang trotz der Einigung auf eine Waffenruhe am 5. September 2014 schwer abzuschätzen ist.

Obgleich ein Ende der Krise in der Ukraine noch nicht in Sicht ist, lassen sich bereits erste Lehren in Bezug auf die EU-Ostpolitik inklusive der Beziehungen zu Russland ziehen. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang die Rolle und das Selbstverständnis der EU, ihrer Institutionen und Mitgliedstaaten im Rahmen der Ukraine-Krise. Im Folgenden werden deshalb die Entwicklungen vor und nach dem Vilnius-Gipfel analysiert, der Umgang der EU mit der Ukraine-Krise bewertet und daraus Lehren und Empfehlungen für die EU-Ostpolitik gezogen.

Vor dem Vilnius-Gipfel

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) regelt die Beziehungen der EU zu ihren Nachbarstaaten seit nunmehr zehn Jahren;² die Östliche Partnerschaft (ÖP), die sich auf die sechs östlichen, postsowjetischen Staaten Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und Ukraine fokussiert, existiert seit 2009.³ Ziel der ÖP ist es insbesondere, neben multilateralen Elementen, auf bilateraler Ebene mit den Staaten Assoziierungsabkommen und tiefe und umfassende Freihandelsabkommen (Deep and Comprehensive Free Trade Agreement, DCFTA) abzuschließen. Die Ukraine war der erste Staat, mit dem die Europäische Union diese Verhandlungen – schon vor der Zusammenfassung der Politiken unter dem Titel Östliche Partnerschaft – begann. Diese wurden von Herbst 2008 bis 2011 geführt. Das Abkommen soll einen bislang unerreichten Grad der Integration der EU mit einem Staat ohne Mitgliedschaftsperspektive durch die anvisierte Übernahme von bis zu

1 Der Beitrag ist im Rahmen des von der Otto Wolff-Stiftung geförderten Projekts „Die Politik der EU gegenüber Osteuropa und Zentralasien: Schlüsselrolle für Deutschland“ entstanden und stützt sich teilweise auf Katrin Böttger: Auf dem sicherheitspolitischen Auge blind: Die EU-Außenpolitik angesichts der Ukraine-Krise: Zustand und Entwicklungsoptionen, in: *integration* 2/2014, S. 95-108.

2 Katrin Böttger: Die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Akteure und Koalitionen, Baden-Baden 2010.

3 Siehe auch Katrin Böttger: Im Osten nichts Neues? Ziele, Inhalte und erste Ergebnisse der Östlichen Partnerschaft, in: *integration* 4/2009, S. 372-387.

80 Prozent des gemeinsamen Besitzstands ermöglichen.⁴ Das DCFTA dient dem Abbau von Handelshemmnissen und der Angleichung der rechtlichen Grundlagen für den Handel.

Noch bevor die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen inklusive des Freihandelsabkommens mit der Ukraine abgeschlossen waren, zeichnete sich aber ab, dass die Europäische Union es aufgrund von Zweifeln bezüglich Pressefreiheit, Menschenrechten und Unabhängigkeit der Justiz entgegen ursprünglicher Pläne nicht Ende des Jahres 2011 unterzeichnen würde.⁵

Stattdessen wurden das Assoziierungsabkommen im März 2012 und das DCFTA im Juli 2012 nur paraphiert und betont, dass die Ukraine das Tempo der Annäherung an die Europäische Union bestimmen würde, je nachdem wann sie die Probleme bezüglich selektiver Rechtsprechung dauerhaft gelöst und die in der Assoziierungsagenda⁶ vorgegebenen politischen Reformen implementiert hätte.⁷ Als der damalige ukrainische Präsident Janukowitsch vor dem Vilnius-Gipfel noch versicherte, mit aller Kraft an den geforderten Reformen zu arbeiten, verhandelte er allerdings zugleich mit Russland über einen Milliardenkredit und einen Beitritt der Ukraine zur gemeinsamen Zollunion von Belarus, Kasachstan und Russland. Nachdem sich die Europäische Union lange nicht mit diesen Integrationsplänen Russlands auseinandergesetzt hatte, stellte die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, bei ihrer ersten Befassung im März 2013 in ihrem Bericht an den Rat und das Parlament zwar schnell fest, dass sich diese beiden Integrationsmodelle gegenseitig ausschließen.⁸ Unmittelbare Konsequenzen – etwa durch parallele Verhandlungen mit Russland, um eine bessere Verträglichkeit der beiden Integrationsprojekte zu erreichen, oder eine gemeinsame Besprechung der Lage zumindest mit der Ukraine – zog der Rat hieraus jedoch nicht. Diese unflexible Haltung der EU erscheint rückblickend nur schwer verständlich, sie hat indirekt zu einer Eskalation der Lage beigetragen, mit der in der EU niemand gerechnet hatte.

Für den Gipfel der ÖP am 28./29. November 2013 in Vilnius hatte die Europäische Union von langer Hand die erfolgreiche Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Moldau und Georgien geplant. Nachdem die Reformen in der Ukraine nicht

4 Ina Kirsch Van de Water: Das Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union (DCFTA): Potential für Reformen der ukrainischen Gesellschaft und die Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft, Berlin 2011; Michael Emerson/Terence Huw Edwards/Ildar Gazizullin/Matthias Lücke/Daniel Müller-Jentsch/Vira Nanivska/Valeriy Pyatnytskiy/Andreas Schneider/Rainer Schweickert/Olexandr Shevtsov/Olga Shumylo: The Prospect of Deep Free Trade between the European Union and Ukraine, Brüssel/Kiel/Kiew 2006; Ina Dreyer: Trade Policy in the EU's Neighbourhood: Ways Forward for the Deep and Comprehensive Free Trade Agreements, Notre Europe Study and Research Nr. 90.

5 Dies bezog sich insbesondere auf die Inhaftierung und Verurteilung der ehemaligen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko am 11. Oktober 2011 zu sieben Jahren Haft wegen Amtsmissbrauchs aufgrund der mit Russland verhandelten Gaspreise. Sawomir Matuszak: The last round of negotiations on the EU/Ukraine Association Agreement, in: OSW Centre for Eastern Studies, 16.11. 2011, <http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2011-11-16/last-round-negotiations-eu/ukraine-association-agreement>.

6 Europäische Kommission: EU-Ukraine Association Agenda: to prepare and facilitate the implementation of the Association Agreement, EU-Ukraine Cooperation Council, 23.11.2009, http://www.eas.europa.eu/ukraine/docs/2010_eu_ukraine_association_agenda_en.pdf.

7 Rat der Europäischen Union: Mitteilung an die Presse. 3209. Tagung des Rates, 2012, http://europa.eu/rapid/press-release_PRES-12-516_de.htm.

8 Europäische Union/Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäische Nachbarschaftspolitik: auf dem Weg zu einer verstärkten Partnerschaft, JOIN (2013) 4, S. 22.

wie erwartet umgesetzt wurden, waren die Verantwortlichen im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) unter hohem Druck, dennoch Erfolge präsentieren zu können. Dies stand im Widerspruch zu der bis dato eher abwartenden Haltung der EU, die Nachbarstaaten die Geschwindigkeit der Reformen bestimmen zu lassen. Vor dem Gipfel von Vilnius ermunterte eine Vielzahl europäischer Akteure, so z.B. der EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Štefan Füle, und der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Elmar Brok, die Ukraine, diese Vorbedingungen zu erfüllen.⁹

Russische Vertreter befürchteten hingegen, dass das Assoziierungsabkommen den Vertrag über Strategische Partnerschaft und Freundschaft zwischen der Ukraine und Russland aus dem Jahr 1997 verletzen würde, der in Art. 13 eine gemeinsame Freihandelszone inklusive rechtlicher Harmonisierung vorsieht und beide Parteien verpflichtet, von Aktivitäten abzuweichen, die der anderen Partei wirtschaftlich schaden.¹⁰ Putin-Berater Glazyev warnte bereits im September 2013, dass der Abschluss des Assoziierungsabkommens zu Handelsunterbrechungen zwischen Russland und der Ukraine führen und die Ukraine in finanzielle Schwierigkeiten bringen könnte, da Russland ihr Hauptkreditgeber ist. Er warnte sogar davor, dass es zu separatistischen Bewegungen im Süden und Osten der Ukraine kommen könnte und dass Russland intervenieren würde, falls pro-russische Regionen sich an Moskau wenden würden.¹¹ Diese Warnungen von russischer Seite wurden als Säbelrasseln einer absteigenden Großmacht wahrgenommen und eher lapidar beantwortet. Ashton und Füle betonten, dass die ÖP zu Lasten von niemandem sei und die Nachbarn der Nachbarn (also z.B. Russland) sogar von der regionalen Kooperation profitieren könnten – ohne näher zu erläutern, wie dies bei einer Neuorientierung der ukrainischen Handelsströme aussehen sollte.¹² Sie betonten, dass es inakzeptabel sei, dass auf die Partnerstaaten, die bereit seien, ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu schließen, Druck ausgeübt würde.¹³

Je näher der Vilnius-Gipfel rückte und je unwahrscheinlicher die Umsetzung der angeordneten Reformen durch die Ukraine wurde, desto deutlicher äußerten sich EU-Vertreter gegenüber Moskau. So im September 2013 Erweiterungskommissar Stefan Füle: „Jegliche Drohungen Russlands in Bezug auf die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU sind inakzeptabel.“¹⁴ Und im Oktober 2013: „Wir sind bereit, ihre Wahl [die Entscheidung der Ukraine für das Abkommen mit der EU] gegen ungebührliche Einmischung zu verteidigen.“¹⁵ Es ist jedoch kaum anzunehmen, dass Kommissar Füle zu diesem Zeitpunkt die Entwicklungen vor Augen hatte, welche die Ereignisse in der Ukraine dann tatsächlich mit sich brachten. Dennoch scheint es den Akteuren der EU zu diesem Zeitpunkt

9 Elmar Brok: Pressemitteilung, Elmar Brok trifft Vertreter der Regierung und der Opposition in Kiew, 11.10.2013, <http://www.elmarbrok.de/archives/elmar-brok-trifft-vertreter-der-regierung-und-der-opposition-in-kiev>.

10 Stewart Dale: *The Russian-Ukrainian Friendship Treaty and the Search for Regional Stability in Eastern Europe*, Naval Postgraduate School, Monterey, California 1997, <http://www.dtic.mil/dtic/tr/fulltext/u2/a341002.pdf>.

11 Shaun Walker: Ukraine's EU trade deal will be catastrophic, says Russia, in: *theguardian.com*, 22.9.2013, <http://www.theguardian.com/world/2013/sep/22/ukraine-european-union-trade-russia>.

12 Europäischer Auswärtiger Dienst: Eastern Partnership: High Representative Ashton and Commissioner Füle with Foreign Ministers on preparations for Vilnius, Pressemitteilung 130926/01.

13 Europäischer Auswärtiger Dienst: Eastern Partnership: High Representative Ashton and Commissioner Füle with Foreign Ministers on preparations for Vilnius, Pressemitteilung 130926/01.

14 Štefan Füle: Time to get stronger in our commitment to EaP and reforms in Ukraine, SPEECH/13/1055.

15 Štefan Füle: EU-Ukraine: Dispelling the myths about the Association Agreement, SPEECH/13/808.

deutlich geworden zu sein, dass die Aussage, das Assoziierungsabkommen und das DCFTA gingen nicht zu Lasten Russlands, dessen Vertreter nicht überzeugten. Die Unentschlossenheit Janukowitschs lag an der gespaltenen Struktur der ukrainischen Wirtschaft, die Rohstoffe und Halbfertigprodukte nach Europa und Asien exportiert, Fertigwaren der verarbeitenden Industrie hingegen nach Russland.¹⁶ Hieraus ergibt sich auch, dass manche Oligarchen stark von dem DCFTA profitieren würden, zu denen insbesondere Lebensmittelproduzenten, d.h. neben Petro Poroschenko auch Andrej Werewski und Juri Kosjuk zählen.¹⁷ Hingegen hätten die Janukowitsch nahestehenden Oligarchen eher das Nachsehen, könnten aber von einer Zollunion mit Russland profitieren.¹⁸

Im September 2013 bot Füle an, auf technischer Ebene mit den Staaten der ÖP Wege zu finden, eine höhere regulatorische Konvergenz zwischen der EU und den Mitgliedstaaten der Zollunion unter russischer Führung zu erzielen.¹⁹ Dieser Ansatz ging in die richtige Richtung, er kam jedoch zu spät und nicht in Form eines offiziellen Gesprächsangebots der EU an Russland über Kompatibilitätsprobleme zweier integrierter Wirtschaftssysteme, so dass die EU-Russland-Beziehungen bereits Schaden nahmen. Auch das Angebot Russlands für trilaterale Gespräche Russland-EU-Ukraine nach dem Scheitern des Vilnius-Gipfels nahmen die EU-Vertreter nicht an.²⁰ In der Vergangenheit hatten sie wiederholt auf die souveräne Entscheidungsmöglichkeit der Ukraine verwiesen.

Der Gipfel von Vilnius und die Ukraine-Krise

Am 21. November 2013 gab Janukowitsch offiziell bekannt, dass Timoschenko nicht freigelassen werden würde und dass die Ukraine das Assoziierungsabkommen beim Vilnius-Gipfel der Östlichen Partnerschaft am 28./29. November 2013 nicht unterzeichnen wird. Er verständigte sich stattdessen mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin auf einen dringend benötigten Kredit zur Finanzierung des Staatshaushalts in Höhe von 11 Milliarden Euro und vergünstigte Gaspreise für die Ukraine. Die erste Tranche des Kredits wurde bereits im Dezember 2013 ausgezahlt, während die Europäische Union der Ukraine lediglich 600 Millionen Euro zur Reduzierung des Defizits im Staatshaushalt angeboten hatte. Einen Tag nach dem Rückzieher der Ukraine begannen am 22. November 2013 die heute als Euromaidan²¹ bekannten Proteste. Nach langem Zögern und aufgrund der Eskalation der Konflikte ab den 18. Februar 2014 zwischen den Demonstranten und der Polizei mit über 80 Toten sandte die Europäische Union die Außenminister des Weimarer Dreiecks – Frank-Walter Steinmeier, Laurent Fabius und Radoslaw Sikorski – am 20. Februar 2014 zu Verhandlungen nach Kiew. Nach vorangegangenen, wochenlangen ergebnislosen Ver-

16 Julien Vercueil: Die Ukraine im Schraubstock: Der wirtschaftliche Hintergrund einer unsinnigen Ost-West Konfrontation, in: *Le Monde Diplomatique*, 11.7.2014, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/07/11.mondeText.artikel,a0043.idx,12>.

17 Piotr Koscinski/Ievgen Vorobiov: Do Oligarchs in Ukraine Gain or Lose with an EU Association Agreement?, in: *The Polish Institute of International Affairs*, No. 86 (539), 19.08.2013, http://www.pism.pl/files/?id_plik=14485.

18 Koscinski/Vorobiov: Do Oligarchs in Ukraine Gain or Lose, in: *Le Monde Diplomatique*, 11.7.2014.

19 Štefan Füle: Statement on the pressure exercised by Russia on countries of the Eastern Partnership, http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-687_en.htm.

20 Interfax Ukraine: Russia ready for tripartite talks with Ukraine, EU – Peskov, 21.11.2013, <http://en.interfax.com.ua/news/general/176159.html>.

21 Die Proteste wurden nach dem Platz im Zentrum Kiews benannt, auf dem die Aktivisten ein Camp errichtet hatten.

handlungen der Konfliktparteien konnten sie eine Einigung zwischen Präsident Janukowitsch und der Opposition vermitteln. Zudem beschloss ein außerordentlicher EU-Außenministerrat am gleichen Tag über gezielte, das heißt begrenzte Sanktionen gegenüber einzelnen Akteuren in der Ukraine.²²

Die von den drei Außenministern verhandelte Einigung vom 21. Februar 2014 sah Präsidentschaftswahlen in der Ukraine zwischen September und Dezember 2014 vor. Das Abkommen hob die Pattsituation zwischen Regierung und Opposition auf und führte zu einem Ende der Gewalt. Jedoch wurde es nicht von allen oppositionellen Gruppen unterstützt, deren Vertreter das Abkommen als Verrat an den durch die gewalttätigen Auseinandersetzungen der vorangegangenen Tage zu Tode gekommenen Demonstranten ansahen und Janukowitsch drohten und ihn aufforderten, die Stadt zu verlassen.²³

So hielten die Absprachen nur für ein paar Stunden, da Teile der Opposition das Abkommen brachen, indem sie schon am nächsten Tag im Parlament die nicht verfassungsgemäße Absetzung Janukowitschs beschlossen und Präsidentschaftswahlen für den 25. Mai 2014 ankündigten. Sie nutzten hierfür die Abwesenheit Janukowitschs, der nach eigenen Angaben auf dem Weg nach Charkiv beschossen worden sei und um sein Leben fürchtend nach Rostow am Don in Russland geflüchtet, aber nicht von seinem Amt zurückgetreten sei.²⁴ Dennoch wurde Turtschinov zum neuen Parlamentspräsidenten und Interimspräsidenten gewählt. Innenministerium und Polizei schlugen sich auf die Seite der Opposition. Auch Julia Timoschenko wurde am 22. Februar 2014 aus der Haft entlassen.

Trotz des langen Zögerns und der kurzen Halbwertszeit des ukrainischen Kompromisses war die Europäische Union der entscheidende internationale Akteur, der es vermochte, zwischen Regierung und Opposition in der Ukraine zu vermitteln. Die EU-Mitgliedstaaten zeigten sich überhaupt auf dem Höhepunkt der Ukraine-Krise geschlossen wie selten zuvor, was im Gegensatz zu der weit verbreiteten Annahme der Schwäche der Europäer in der Außenpolitik und auch im Gegensatz dazu steht, dass andere Akteure, wie die USA oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), eher einen wirksamen Einfluss in Osteuropa ausüben könnten. Jedoch versäumten sie es, den Bruch des Kompromisses durch die Opposition zu verurteilen. Während einige Politiker die Gefahr einer Reaktion Russlands durchaus wahrnahmen und zur Zurückhaltung in den EU-Ukraine-Beziehungen mahnten (Angela Merkel), befürworteten andere offensiver eine schnelle Annäherung der Ukraine an die EU und die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens bis hin zu einer möglichen EU-Mitgliedschaft (so u.a. Olli Rehn).²⁵

Die von der Mehrheit des ukrainischen Parlaments gewählte und von Arsenij Jazenjuk²⁶ geleitete Interimsregierung nahm am 26. Februar 2014 ihre Tätigkeit auf. Als

22 Rat der Europäischen Union: Council Conclusions on Ukraine: Foreign Affairs Council meeting, 20.02.2014; Europäischer Auswärtiger Dienst: Remarks by EU High Representative Catherine Ashton following the extraordinary Foreign Affairs Council on Ukraine, Brüssel, 20.02.2014.

23 Reuters: Meet the man who forced Ukraine's president to run for his life, 25.02.2014, <http://nypost.com/2014/02/25/meet-the-man-who-forced-ukraines-president-to-run-for-his-life/>.

24 BBC News Europe: Ukrainian ex-leader Viktor Yanukovich vows fightback, 24.02.2014, <http://www.bbc.com/news/world-europe-26386946>.

25 No quick offer of EU entry to Ukraine despite regime change, EUbusiness, 24.02.2014, <http://www.eubusiness.com/news-eu/ukraine-politics.u1n>.

26 Arsenij Jatsenyuk ist Mitglied der Partei Allukrainische Vereinigung „Vaterland“ deren Vorsitzende Julia Timoschenko ist. Er amtierte zuvor bereits als Wirtschafts- und Außenminister sowie als Präsident des ukrainischen Parlaments, zuletzt war er dort Fraktionsvorsitzender.

eine ihrer ersten Initiativen legte sie ein Gesetz zur Abschaffung des Russischen als Regionalsprache vor. Dies führte zu Protesten der russischsprachigen Bevölkerung in der östlichen Ukraine und auf der Krim. Da die Partei der Regionen, die besonders in den östlichen Landesteilen der Ukraine gewählt wird, aus der Interimsregierung ausgeschlossen blieb, fühlten sich die russischstämmigen und russischsprachigen Ukrainer unterrepräsentiert. Russland erkannte die Interimsregierung nicht an. Stattdessen mobilisierte es seine Truppen an der Westgrenze und auf der Krim. Die Europäische Union reagierte hierauf mit der Absage des für Juni 2014 geplanten Gipfels mit Russland.²⁷

Nachdem russische Separatisten mit Unterstützung der dort stationierten russischen Soldaten²⁸ auf der Krim alle staatlichen und militärischen Einrichtungen der Ukraine besetzt oder blockiert hatten und die Abspaltung der Krim von der Ukraine forderten, wurde am 16. März 2014 ein Referendum zur Unabhängigkeit durchgeführt, bei dem sich angeblich 97 Prozent der Wähler für einen Beitritt zur Russischen Föderation aussprachen. Obgleich das Referendum von Regierungen in aller Welt als nicht rechtmäßig verurteilt wurde, erkannte Putin die Unabhängigkeit der Krim am 17. März 2014 an. In Reaktion darauf beschlossen die Europäische Union und die USA weitere gezielte Sanktionen, das heißt Einreiseverbote und Kontensperrungen gegen einzelne Russen, Ukrainer und Krimbewohner, denen eine Beteiligung an der Loslösung der Krim von der Ukraine und beim Anschluss an Russland nachgesagt wird. Am 18. März 2014 schlossen Russland und die neue vom Regionalparlament gewählte Regierung Sergej Aksjonovs einen Vertrag über die Eingliederung der Halbinsel in die Russische Föderation, der am 21. März 2014 unterschrieben wurde.

In der östlichen Ukraine kam es wie auf der Krim zu Besetzungen von öffentlichen Gebäuden und zu Unabhängigkeitserklärungen, worauf die Regierung in Kiew seit dem 15. April 2014 mit dem Einsatz des Militärs reagiert. Um die Gespräche zwischen der ukrainischen Interimsregierung und den separatistischen Kräften im Osten des Landes wieder aufzunehmen, wurde auf Initiative der USA eine Kontaktgruppe mit den Außenministern der Ukraine, Russlands, der USA und der Hohen Vertreterin eingerichtet, die am 17. April 2014 in Genf eine Erklärung verabschiedete. Diese sah die Entwaffnung illegaler Gruppen, die Räumung besetzter Gebäude und eine generelle Amnestie in der Ostukraine vor, was durch OSZE-Beobachter begleitet werden sollte, sich jedoch schwierig gestaltete.²⁹ Auch die insgesamt drei Sitzungen des „Runden Tisches der Nationalen Einheit“ unter Moderation des von der OSZE ernannten Vermittlers und ehemaligen deutschen Diplomaten Wolfgang Ischinger verlief ergebnislos, zumal die pro-russischen Vertreter aus der Ost-Ukraine nicht teilnahmen.³⁰ Ein Ziel des Runden Tisches wurde dennoch erreicht, nämlich freie und faire Präsidentschaftswahlen im ganzen Land, die am 25. Mai 2014 erfolgreich durchgeführt wurden und einen eindeutigen Sieg im ersten Wahlgang für

27 Deutsche Welle: EU sagt Gipfel mit Russland ab, 20.03.2014, <http://www.dw.de/eu-sagt-gipfel-mit-russland-ab/a-17510903>.

28 Eine OSZE Beobachtermission, die dieser Frage nachgehen wollte, wurde an der Einreise auf die Krim gehindert und berichtet lediglich, dass sie Gerüchte militärischer Aktivitäten nicht ausräumen kann. OSCE: OSCE responds to crisis in Ukraine, 27.03.2014, <http://www.osce.org/ukrainemonitoring>. Später gab Putin die russische Beteiligung öffentlich zu: Reuters: Putin admits Russian forces were deployed to Crimea 17.04.2014, <http://uk.reuters.com/article/2014/04/17/russia-putin-crimea-idUKL6N0N921H20140417>.

29 The Washington Post: Joint Geneva Statement on Ukraine from April 17: The full text, 17.4.2014.

30 Spiegel Online: Runder Tisch in der Ostukraine: Separatisten unerwünscht, 15.5.2014, <http://www.spiegel.de/forum/politik/runder-tisch-der-ostukraine-separatisten-unerwuenscht-thread-126299-1.html>.

den Oligarchen Petro Poroschenko brachten. Poroschenko intensivierte den Einsatz des Militärs und anderer Sicherheitsorganisationen nach seiner Wahl im Rahmen einer Anti-Terror-Operation, wozu er von der Jazenjuk-Regierung gedrängt wurde.³¹

Eine einseitige einwöchige Waffenruhe ab dem 21. Juni 2014 verlängerte Poroschenko trotz Forderungen u.a. der deutschen und französischen Regierung nicht, sondern erklärte am 30. Juni 2014, das Land militärisch befreien zu wollen.³² Daraufhin trafen sich die vier Außenminister der Ukraine, Russlands, Frankreichs und Deutschlands am 2. Juli 2014 in Berlin zu einer Konferenz, auf der die Wiederaufnahme trilateraler Verhandlungen (Kontaktgruppe Russland, Ukraine, OSZE) über einen Waffenstillstand beschlossen wurde. Die EU und die USA verschärften ihre Sanktionen gegenüber Russland erneut am 16. Juli und nach dem Abschuss von Flug MH17 der Malaysian Airlines am 17. Juli 2014, der den Separatisten zur Last gelegt wird, nochmals am 25. Juli 2014.

Die Viererkonstellation als Vermittlergruppe kam am 17. August 2014 in Berlin wieder zu ersten Gesprächen über eine erneute Waffenruhe zusammen, erzielte jedoch kein Ergebnis. Nach Angela Merkels Besuch in Kiew am 23. August 2014 fanden am 27. August 2014 Gespräche der EU-Kommission mit Vertretern Russlands, der Eurasischen Zollunion und der Ukraine in Minsk ohne konkrete Ergebnisse statt. Eine Waffenruhe wurde schließlich am 5. September 2014 zwischen der ukrainischen Regierung und den Separatisten in Minsk beschlossen, nachdem es bereits am 2. September 2014 Gerüchte über eine Einigung auf dem Treffen der OSZE-Kontaktgruppe, bestehend aus Vertretern der Ukraine, Russlands, der OSZE und erstmals auch den Separatisten, gegeben hatte. Neben einer Waffenruhe umfasst der Zwölf-Punkte-Plan einen Gefangenenaustausch sowie Neuregelungen des Status der umkämpften Regionen.³³ Entgegen vorheriger Ankündigungen, am 8. September 2014 weitere Sanktionen in Bezug auf 24 russische Individuen sowie den Zugang zu den internationalen Finanzmärkten und zum Import von Dual-use-Gütern zu beschließen, konnten sich die EU-Mitgliedstaaten hierauf aufgrund möglicher Gegensanktionen zunächst nicht einigen, sondern beschlossen stattdessen abzuwarten, wie sich Russland bezüglich des Waffenstillstands verhält. Die Sanktionen traten dennoch am 12. September 2014 in Kraft, um den Druck auf Russland zu erhöhen. Am 16. September 2014 ratifizierten das Europäische Parlament und die Werchowna Rada gleichzeitig das Assoziierungsabkommen inklusive des DCFTA. Jedoch einigte sich EU-Handelskommissar Karel de Gucht mit dem ukrainischen Außenminister Pawel Klimkin und Russlands Wirtschaftsentwicklungsminister Alexei Ulyukayev bereits am 13. September 2014 darauf, die Implementierung des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens um 15 Monate zu verschieben. Bis dahin wird das GUS-Freihandelsabkommen durch die Ukraine und Russland weiter angewendet und die Vorzugszölle für die Ukraine durch die EU ausgeweitet, so dass von der Verschiebung keine negativen Auswirkungen auf den ukrainischen Handel mit der EU und positive Auswirkungen auf den Handel mit Russland zu erwarten sind.³⁴ Diese Entscheidung erkennt zugleich erstmals die Bedeutung des Handels der Ukraine sowohl mit der EU

31 Margarete Klein/Kristian Pester: Kiew in der Offensive: Die militärische Dimension des Ukraine-Konflikts. Zustand und Perspektiven der ukrainischen Sicherheitskräfte, SWP-Aktuell, 52, August 2014.

32 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Poroschenko beendet Waffenruhe, 30.06.2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine-krise-poroschenko-beendet-waffenruhe-13019966.html>.

33 Zeit Online: OSZE gibt Details des Minsker Abkommens bekannt, 07.09.2014, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-09/ukraine-minsker-abkommen>.

als auch mit Russland an und kann als zentrales Element des allgemeinen Friedensprozesses zur Stabilisierung der Ukraine angesehen werden.

Es bleibt abzuwarten, ob das Waffenstillstandsabkommen trotz einzelner kleiner Gefechte zu einer langfristigen Beruhigung der Lage führen wird. Ein gutes Zeichen hierfür ist ein ergänzendes Abkommen für eine entmilitarisierte Pufferzone im Osten der Ukraine und die am 31. Oktober 2014 erzielte Einigung im russisch-ukrainischen Gasstreit.³⁵

Bewertung des Umgangs der EU mit der Krise

Insgesamt zeigt sich, dass die Bilanz für die mittel- und langfristige Rolle der EU im Verlauf der Krise trotz der Geschlossenheit der EU-Mitgliedstaaten in der Ostpolitik eher kritisch ausfallen muss. Gründe hierfür bestehen in der unzureichenden Analyse und Berücksichtigung der innerukrainischen Spannungen, der fehlenden sicherheitspolitischen Ausrichtung der ÖP, und der dabei völlig unzureichenden – anders als noch bei der Erweiterung der EU um die baltischen Staaten – Berücksichtigung der strategischen Interessen Russlands. Niemand konnte allerdings mit einer derartigen selbst vor militärischem Eingreifen nicht zurückschreckenden Politik Russlands in Europa und dem damit verbundenen enormen Vertrauensverlust in den Ost-West-Beziehungen rechnen.

Seit dem von den EU-Außenministern Steinmeier, Fabius und Sikorski verhandelten Kompromiss zwischen Janukowitsch und der Opposition und in verstärktem Maße seit der Abspaltung der Krim von der Ukraine beschleunigt die Europäische Union die Annäherung der Ukraine an die EU. In der Folge der monatelangen Proteste mit Todesopfern auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz Maidan für eine Annäherung an die EU sah sich die Europäische Union nahezu zwangsläufig in der Situation, der Ukraine finanzielle Hilfen in größerem Umfang und den diesmaligen Abschluss des Assoziierungsabkommens anzubieten. So unterzeichneten beide Seiten am 21. März 2014 postwendend den politischen Teil des schon drei Jahre zuvor ausgehandelten Assoziierungsabkommens und ratifizierten das gesamte Abkommen am 27. Juni 2014. Auch eine Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine wurde wieder ins Spiel gebracht.³⁶ Am 9. April 2014 hat die EU-Kommission zudem die Einrichtung einer Ukraine-Unterstützergruppe beschlossen, die 30 Beamte umfasst, um den Reformprozess in der Ukraine zu fördern. Zudem hat die Europäische Union ein Hilfspaket mit einem Umfang von 11 Milliarden Euro angekündigt.³⁷ Der Betrag soll sich aus Zuschüssen und Krediten aus dem EU-Haushalt, aus Krediten der Europäischen Investitionsbank und Hilfen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zusammensetzen und die Hilfspakete von IWF und Weltbank ergänzen.³⁸ Hierbei

34 Europäische Kommission: EU agreed to postpone provisional application of the trade part of the Association Agreement with Ukraine, 16.09.2014, <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1153>; Frankfurter Allgemeine Zeitung: EU will Freihandel mit Ukraine um 15 Monate aufschieben, 12.09.2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/konflikt-mit-russland-eu-will-freihandel-mit-ukraine-um-15-monate-aufschieben-13150786.html>.

35 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Konfliktparteien einigen sich auf Pufferzone, 20.09.2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-konfliktparteien-einigen-sich-auf-pufferzone-13163594.html>.

36 Zeit Online: Erweiterungskommissar will Ukraine in die EU aufnehmen, 18.3.2014, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/ukraine-krim-eu-sanktionen-putin>.

37 Europäische Kommission: Support Group for Ukraine, Pressemitteilung IP/14/413.

38 Europäische Kommission: European Commission's support to Ukraine, MEMO-14-159, 05.03.2014, http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-159_en.htm; Die ZEIT: EU stellt elf Milliarden Euro für die Ukraine in Aussicht, 05.03.2014, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/EU-Ukraine-Hilfspaket>.

handelt es sich um das Zwanzigfache des Betrags, der im Herbst 2013 angeboten wurde und um den gleichen Betrag, den zuvor Putin und Janukowitsch vereinbart hatten und von dem bereits 2 Mrd. Euro an Kiew geflossen waren. Die Fehler in der Politik gegenüber der Ukraine und Russlands zu korrigieren, ist politisch und wirtschaftlich teuer geworden.

Das Krisenmanagement durch die europäische Außenpolitik zeigte in der Ukraine-Krise entgegen der Erfahrungen bei vergangenen internationalen Konflikten (Irak 2003 und Libyen 2011) große Fortschritte in Bezug auf die geschlossene Haltung der EU. Im Verlauf der Krise kristallisierte sich eine Arbeitsteilung heraus, bei der die Regierungsvertreter der Mitgliedstaaten die Krisendiplomatie übernahmen (Ashton nahm zuletzt am 17. April 2014 in Genf an Vermittlungen über einen Waffenstillstand teil), während der EAD und die EU-Kommission für die Implementierung der flankierenden Maßnahmen (Sanktionen,³⁹ finanzielle Hilfen) und des Assoziierungsabkommens und des DCFTA zuständig sind. Manche Autoren sehen in Putin und seiner Machtpolitik sogar den unfreiwilligen „Einiger“⁴⁰ und Katalysator einer gemeinsamen Außenpolitik.

Das Weimarer Dreieck war in Bezug auf den Euromaidan zwar nur eine Zeit lang ein Motor für die Formulierung von EU-Positionen und stellte aber mit seinen Erklärungen vom 31. März und 1. April 2014 sein Potential für erfolgreiches Krisenmanagement in der Nachbarschaftspolitik mit Osteuropa unter Beweis. So erklärten die drei Außenminister am 1. April 2014 gemeinsam die Nachbarschaft zu einer Priorität der europäischen Außenpolitik.⁴¹ In einer Erklärung zur Ukraine am Vortag ermahnten sie Russland, seiner Verantwortung für die Lösung des Konflikts gerecht zu werden und seine Truppen von der Grenze der Ukraine sowie von anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft abzuziehen. In Bezug auf die Ukraine unterstrichen sie die Bedeutung freier und fairer Präsidentschaftswahlen am 25. Mai und forderten eine „umfassende und repräsentative Einbeziehung“ der Regionen in die „staatlichen Strukturen“ der Ukraine und mahnten einen „Zeitplan für den Prozess hin zu einer Verfassungsreform“ an.⁴²

Seit den Treffen am Rande der Feierlichkeiten zum Gedenken an die Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 2014, bei dem u.a. Putin, Poroschenko, Merkel und Hollande zu Gesprächen zusammenkamen, verlor das Weimarer Dreieck jedoch an Bedeutung und das Deutsch-Französische Tandem rückte im Bemühen um einen Waffenstillstand in den Vordergrund. Begründet wird diese Entwicklung auch mit der konfrontativen Haltung Polens gegenüber Russland, das dadurch seine Vermittlerrolle eingebüßt hat.⁴³

39 EU Newsroom: EU sanctions against Russia over Ukraine crisis, http://europa.eu/newsroom/highlights/special-coverage/eu_sanctions/index_en.htm#3.

40 Dominique Moisi: Europas Einiger könnte Wladimir Putin heißen, in: Die Welt, 02.04.2014, <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article126476502/Europas-Einiger-koennte-Wladimir-Putin-heissen.html>.

41 Auswärtiges Amt: Die Partnerschaft mit den Nachbarn stärken: eine neue Dynamik für die Europäische Nachbarschaftspolitik - Erklärung der Außenminister des Weimarer Dreiecks, Pressemitteilung, 01.04.2014, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140401-Erkl_Weimar.html.

42 Auswärtiges Amt: Gemeinsame Erklärung zur Ukraine der drei Außenminister des Weimarer Dreiecks Frank-Walter Steinmeier (Deutschland), Laurent Fabius (Frankreich), und Radosaw Sikorski (Polen) in Weimar, Pressemitteilung 31.03.2014, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140331_Gemeinsame_Erklärung_zur_Ukraine.html?nn=358416.

43 Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Ukraine-Krise: Deutschland spielt Schlüsselrolle. Nach dem Ende des Waffenstillstands startet Außenminister Steinmeier eine neue Initiative, 02.07.2014, <https://dgap.org/de/think-tank/presse/dgap-in-den-medien/ukraine-krise-deutschland-spielt-schlueselrolle>.

Lehren und Empfehlungen für die EU-Ostpolitik

Erste Lehren und Empfehlungen für die EU-Ostpolitik unterliegen der Einschränkung, dass sich nach Ansicht vieler die traditionelle Realpolitik Russlands und postmoderne Strategien der internationalen Beziehungen der EU gegenüberstehen.⁴⁴ Zudem haben wir es in der Ukraine-Krise noch mit vielen Unbekannten zu tun, da aufgrund des angenommenen „Endes der Geschichte“⁴⁵ das ausreichende Wissen und die notwendige Zahl an Experten mit Zugang zu den Vertretern des Kremls fehlen. Darüber hinaus hat die EU für eine Seite Partei genommen, wodurch die Ausübung einer Vermittlerrolle erschwert wird.

Für den Umgang mit akuten Krisen

Die Eskalation der Lage in der Ost-Ukraine hat gezeigt, dass akutes Krisenmanagement gegenüber einer Macht wie Russland nicht mehr alleine von der Hohen Vertreterin und dem EAD oder dem zuständigen EU-Kommissar ausgeübt werden kann. Vielmehr bedarf es des aktiven Engagements der Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschlands und Frankreichs und gegebenenfalls Polens in Abstimmung mit den anderen EU-Mitgliedstaaten.

Die Krisendiplomatie liegt in der Hand der Staats- und Regierungschefs und Außenminister der mit Blick auf die Östliche Partnerschaft wichtigsten Mitgliedstaaten. Dies verdeutlicht der im Februar 2014 zwischen ukrainischer Regierung und Opposition erzielte Kompromiss, den die Außenminister des Weimarer Dreiecks aushandelten. Hierbei stimmten sie sich mit Ashton ab, bevor sie das Ergebnis unterschrieben und nach eigener Darstellung im Auftrag der EU unterwegs waren. Wichtig ist es generell in einer Krise, dass einzelne Vertreter der EU-Mitgliedstaaten nicht im Alleingang agieren, sondern ihre Aktivitäten von den Maßnahmen des EAD auf der Basis von Ratsbeschlüssen, die z.B. Sanktionen enthalten, flankiert werden.

Politische Integration

Die EU verfolgt mit der ENP und vor allem der ÖP zwei widersprüchliche Ziele, nämlich einerseits die Staaten von einem Beitrittsgesuch abzuhalten und andererseits – und dies scheint in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maße der Fall zu sein – Normen und Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte, aber auch Standards und Rechtsangleichung z.B. in der Binnenmarktgesetzgebung im Rahmen der DCFTAs durch externe Governance zu exportieren. Die Ukraine-Krise hat gezeigt, dass diese beiden Ziele nicht immer miteinander verträglich sind.

Eine Beitrittsperspektive ist zwar für die Ukraine zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig zielführend. Ein Gelingen des Transformationsprozesses und politischer wie ökonomischer Reformen in der Ukraine liegt aber im essentiellen Interesse der EU. Entscheidend ist hierfür der Reformwille auf Seiten der Regierung und Verwaltung in der Ukraine. Dieser hängt einerseits davon ab, dass die Annäherung an die EU den Handel mit Russland nicht ausschließt, der für einen beträchtlichen Teil der Oligarchen zentral bleibt. Andererseits kommt es auf eine europäische Perspektive für die Ukraine an. Über das unterzeichnete Assoziierungsabkommen hinaus könnte der Weg zu einer privilegierten Partnerschaft, zu

44 John Mearsheimer: Why the Ukraine Crisis is the West's Fault, The Liberal Delusions That Provoked Putin, in: Foreign Affairs, Sep/Oct S.1-12, 2014, <http://www.foreignaffairs.com/articles/141769/john-j-mearsheimer/why-the-ukraine-crisis-is-the-west-s-fault>.

45 Francis Fukuyama: "The End of History?" The National Interest, Summer 1989.

einem *enhanced status*, zu einer Assoziierten Mitgliedschaft ohne Stimmrecht, wenn nicht gar zur Vollmitgliedschaft nach der Umsetzung des Assoziierungsabkommens und der Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen führen. Zumindest sind hier in der Tat kreative Lösungen gefordert, um dem weiten Weg der Ukraine nach Europa eine Orientierung zu geben. Ziel müsste eine längerfristige, konditionierte Integrationsperspektive für die Ukraine sein, die von der EU genutzt wird, um auf grundlegende Reformen zu drängen. Hierzu zählen nach den Parlamentswahlen am 26. Oktober 2014 unter Beendigung einer Regierungsbeteiligung rechtsradikaler Parteien eine Verfassungsreform, die Föderalisierung der staatlichen Strukturen mit repräsentativer Beteiligung der Regionen, Antikorruptionsmaßnahmen und eine Sicherheitssektorreform.

Wirtschaftliche Integration

Die Konflikte um den Abschluss des Assoziierungsabkommens mit DCFTA mit der Ukraine haben gezeigt, dass die EU längerfristig ihre Freihandelskonzepte einerseits flexibler und andererseits räumlich größer denken muss – unter Einbeziehung einer Kompatibilität, vielleicht sogar Kooperation, mit der Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan und der Eurasischen Wirtschaftsunion. Flexibler, indem der Handel mit Russland erleichtert und nicht erschwert wird. Und räumlich größer im Sinne der Idee eines Handelsraums von Lissabon bis Wladiwostok wie Romano Prodi ihn schon 2002 als damaliger Kommissionspräsident vorgeschlagen hatte⁴⁶ und auch Putin ihn anstrebt. Langfristig müsste eine Win-Win-Situation für die EU, die Ukraine und Russland angestrebt werden, zumal die Ukraine strukturell das Potential zu einer Brückenfunktion und wirtschaftlicher Prosperität hat. Damit die Ukraine dieses Potential aber entfalten kann, bedarf es eines ausreichenden Zugangs zu Krediten des IWF und der EU und der Hilfe bei der Sicherung der Erdgasversorgung für den Winter.

Die Beziehungen zu Russland

Die Atmosphäre in den EU-Russland-Beziehungen ist durch die Ukraine-Krise derart vergiftet, dass es Jahre dauern wird, das grundlegend erschütterte Vertrauen in den Beziehungen wiederherzustellen. Solange dies nicht der Fall ist, wird bei den Vertretern der EU-Mitgliedsländern eine starke Einigkeit und Geschlossenheit vorherrschen müssen – mit Rückversicherung durch die NATO und möglicherweise auch durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Ukraine-Krise erfordert dennoch eine Neubestimmung des Verhältnisses zu Russland, welche sich angesichts des Ausmaßes der Krise als sehr schwierig erweisen wird. Neben der von Steinmeier geforderten Road map zur schrittweisen Aufhebung der Sanktionen, wobei ein Andauern des Waffenstillstands eine Grundvoraussetzung ist, stehen die EU-Vertreter vor der Herausforderung einen aufflammenden Konflikt mit offizieller oder dauerhafter nicht-offizieller militärischer Beteiligung Russlands oder einen weiteren eingefrorenen Konflikt in Osteuropa zu vermeiden.⁴⁷

46 Romano Prodi: Das Größere Europa – Eine Politik der Nachbarschaft als Schlüssel zur Stabilität, Brüssel, 5./6.12.2002, http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-02-619_de.htm.

47 Die Zeit: Steinmeier will Kriterien für Ende der Sanktionen diskutieren, 28. Oktober 2014, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-10/steinmeier-russland-sanktionen>; Sergey Karaganov: How to avoid a second Afghanistan, in: Russia in Global Affairs, 06.08.2014, <http://eng.globalaffairs.ru/pubcol/How-to-avoid-second-Afganistan-16858>.

Die EU muss sich in diesem Zusammenhang die Frage stellen, ob sie den Vorschlag eines gemeinsamen EU-Russland Freihandelsabkommens nicht voreilig abgetan hat, zumal ein solches heute zur Lösung der Krise wieder im Gespräch ist.⁴⁸ An einem Freihandelsabkommen zwischen Russland und der EU müsste Schritt für Schritt auch mit Kompromissbereitschaft auf Seiten der EU weitergearbeitet werden. Europa wird sich nur mit und nicht ohne Russland gestalten lassen, was nicht gleichbedeutend mit der Akzeptanz jedweder russischer Herrschaftsansprüche in Osteuropa oder gar der Verletzung internationalen Rechts ist.

Fazit: Die Krise als Chance für die EU-Ostpolitik

Die Entwicklungen in der Ukraine haben zu einer ungewöhnlichen, nie gekannten Verdichtung der EU-Außenpolitik geführt: Sowohl quantitativ, wenn man die Sondersitzungen des Außenministerrats und des Europäischen Rats und die zahlreichen informellen Treffen am Rande anderer Veranstaltungen zählt, als auch qualitativ gelang eine außenpolitische Intensivierung, betrachtet man die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats, die Sanktionsbeschlüsse sowie das Mobilisieren von Krediten des Internationalen Währungsfonds und die Einrichtung einer Ukraine-Unterstützergruppe.

Die Frage bleibt, inwieweit das Erreichte nur eine kurzfristige Reaktion auf die aktuellen Ereignisse ist, oder ob hierdurch eine neue Ebene der Integration bezüglich der EU-Außenpolitik erreicht werden kann. Diese dauerhafte Vertiefung der gemeinsamen Außenpolitik wird eine der ersten Aufgaben des neuen Personals in Brüssel sein. Insbesondere sollte die neue Kompetenzverteilung zwischen der Hohen Vertreterin und dem EAD einerseits sowie dem ENP-Kommissar andererseits auch tatsächlich umgesetzt werden, um die Politik gegenüber den östlichen Nachbarn zu verbessern. Die systematische Trennung zwischen dem Umgang mit den eingefrorenen Konflikten, der Östlichen Partnerschaft und der Politik gegenüber Russland ist auf Dauer vermutlich nicht zielführend. Die sicherheitspolitischen Fragen der EU-Annäherungspolitik im Rahmen der Östlichen Partnerschaft müssen künftig mit in Betracht gezogen werden. Diese umfassen sowohl die Interessen der EU an Sicherheit und Stabilität in Europa als auch die Interessen Russlands, die von der Entwicklung der Politik berührt werden. Bei den hohen und noch steigenden Zahlen an Toten, Verletzten und Flüchtlingen kann die Ukraine-Krise nicht mehr als kleiner „Unfall“ der Östlichen Partnerschaft angesehen werden. Die Krise sollte vielmehr ein Weckruf mit Anlass zur Besinnung sein, um auf der Basis einer gründlichen Analyse zu einer neuen EU-Ostpolitik zu gelangen, welche Instrumente zur Förderung von Demokratie, Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung in Osteuropa in ein Gesamtkonzept einbettet.

Weiterführende Literatur

John Mearsheimer: Why the Ukraine Crisis is the West's Fault. The Liberal Delusions That Provoked Putin, in: Foreign Affairs, September/October 2014.

Manfred Sapper/Volker Weichsel: Osteuropa. Zerreißprobe. Ukraine. Konflikt, Krise, Krieg, Heft 5-6/2014.

Katrin Böttger: Auf dem sicherheitspolitischen Auge blind: Die EU-Außenpolitik angesichts der Ukraine-Krise: Zustand und Entwicklungsoptionen, in: integration, 2/2014, S. 95-108.

Katrin Böttger: Im Osten nichts Neues? Ziele, Inhalte und erste Ergebnisse der Östlichen Partnerschaft, in: integration, 4/2009, S. 372-387.

48 Wirtschaftswoche: Hans-Werner Sinn fordert Freihandelszone der EU mit Russland, 12.04.2014, <http://www.wiwo.de/politik/europa/ifo-chef-hans-werner-sinn-fordert-freihandelszone-der-eu-mit-russland/9751896.html>.